

Herr Simon Wohlfahrt DIE aNDERE entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten FDP entschuldigt
gen. Sacken

sachkundige Einwohner

Frau Christiane Erning	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	entschuldigt
Herr Viktor Kalitke	Migrantenbeirat	nicht entschuldigt
Herr Christian Porath	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Frau Grit Schkölziger	SPD	entschuldigt
Frau Eva Wieczorek	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Lina Schindler Fachbereich Bildung und Sport

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.11.2018 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese
Vorlage: 18/SVV/0348
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
SBV, JHA, WA KIS, HA

- 3.2 Kunstrasenplatz Nowawiese
Vorlage: 17/SVV/0286
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
WA KIS

- 3.3 Stärkung des Stadtsportbunds Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0718
Einreicher: Fraktionen CDU/ANW, SPD
FA, B/Sp. (ff)

- 3.4 Nutzungspotentiale der Bestandssportflächen im Stadtgebiet
Vorlage: 18/SVV/0707
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
B/Sp. (ff), WA KIS, SBV, KOUL

- 3.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2019
gem. 18/SVV/0855
- 3.6 Mehr Bäume für Schulen und Kitas
gem. 18/SVV/0352
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung
Sachstand Baumaßnahmen
- 4.2 Bericht des Bildungsbüro
- 5 Sonstiges
- 5.1 Bericht aus der Schulleiterberatung am 22.11.2018
- 5.2 Information Bombenentschärfungen
- 5.3 Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung am 06.12.2018
- 5.4 nächste Ausschusssitzungen
- 5.5 Information zu IT-Technik an Schulen

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Viehrig** eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.11.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Viehrig stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **6** stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Folgende Anmerkung zur Niederschrift der letzten Ausschusssitzung vom 20.11.2018 liegt vor:

Frau Warbein merkt zum Tagesordnungspunkt 4.2 „Digitale Bildung zukunftsweisend gestalten“ an, dass ihre Nachfrage, ob der Zugang zu Bildungsinhalten barrierefrei gestaltet sei, verneint wurde.

Sie bittet dies in der Niederschrift zu ergänzen.

Die so geänderte Niederschrift wird **einstimmig angenommen**.

Folgende Anträge auf Rederecht liegen vor:

zu TOP 3.3 – Stärkung des Stadtsportbunds Potsdam
- Stadtsportbund Potsdam, Herr Dr. Henrich

zu TOP 4.2 – Bericht des Bildungsbüros
- Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport,
Bereich Bildungsmanagement, Frau Dr. Laukart
Bereich Bildungsmonitoring, Herr Wilsdorf

Den vorliegenden Rederechten wird **einstimmig zugestimmt**.

Herr Viehrig informiert, dass die Tagesordnungspunkte 3.1 – „Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese“ und 3.2 – „Kunstrasenplatz Nowawiese“ durch den Antragsteller, Fraktion DIE aNDERE, zurückgestellt werden. Die beiden Tagesordnungspunkte werden in der Januarsitzung des Ausschusses erneut aufgerufen.

Herr Viehrig weist darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 3.5 – „Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2019“ und 3.6 – „Mehr Bäume für Schulen und Kitas“ nicht von der Stadtverordnetenversammlung in den Ausschuss für Bildung und Sport überwiesen wurden. Die Tagesordnungspunkte wurden daher gemäß Selbstbefassungsrecht auf die Tagesordnung gesetzt und können somit vom Ausschuss beraten werden. Er bittet, den Tagesordnungspunkt 4.2 – „Bericht des Bildungsbüros“ zu Beginn der Sitzung zu behandeln, da zu diesem Punkt Rederechte vorliegen.

Herr Wollenberg bittet, die Tagesordnung unter „Sonstiges“ um den Tagesordnungspunkt „Information zu IT-Technik an Schulen“ zu ergänzen.

Der so geänderten Tagesordnung wird **einstimmig zugestimmt**.

Frau Naundorf erinnert, dass in der letzten Ausschusssitzung eine Berichterstattung zum Sportcampus am Schlaatz gewünscht worden sei. **Herr Richter** sagt eine Berichterstattung im Januarausschuss zu.

zu 4.2 Bericht des Bildungsbüro

Frau Dr. Laukart stellt anhand einer Präsentation (**Anlage 1**) die Arbeitsergebnisse des Bildungsbüros vor. Sie geht zunächst auf die Eckdaten zum Programm „Bildung integriert“ ein und stellt die zwei Stellen „Bildungsmanagement“ und „Bildungsmonitoring“ vor. Gefördert werde das Programm durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie vom Europäischen Sozialfonds (ESF). Die Bildungsbiographien vor Ort (Kita, Schule, Betrieb) sollen gestärkt werden. Zentrales Ziel des Programms sei der Aufbau eines datenbasierten Bildungsmanagements. Ermittelt werden soll, ob die vorliegenden Angebote schon dem erforderlichen Bedarf entsprechen oder ob es in bestimmten

Bereichen Nachsteuerungsbedarf gibt. Eine ämterübergreifende Steuerungsgruppe wurde bereits eingerichtet. Thematisch fokussierte Arbeitsgruppen finden bereits statt. Projekte wie das Projekt „Lernen vor Ort“ werden unterstützt.

Das Vorhaben einer jährlichen Bildungskonferenz zur Bürgerbeteiligung sei bisher noch nicht umgesetzt worden. Dieses Vorhaben beanspruche mehr Zeit. Eine Konzeptentwicklung befinde sich derzeit in der Erarbeitung.

Geplant seien künftig Kooperationsvereinbarungen mit externen Akteuren, wie Kammern oder Akteuren aus der Wissenschaft.

Für das Bildungsmonitoring wurden Fragestellungen und daraus resultierende mögliche Bildungsziele definiert. (Seite 5)

Bekannt sei bereits, dass in der Stadt Potsdam Bildungsbenachteiligungen an den Bildungsübergängen vorliegen und hier Selektierungseffekte entstehen. Die Auswertung einer Bürgerumfrage habe ebenfalls unterschiedliche Hindernisse und Barrieren aufgezeigt.

Herr Wilsdorf geht auf die vier zentralen Vorhaben des Bildungsmonitoring ein.

Die Zusammenführung bildungsbezogener Datenbestände sowie die Erstellung eines Sozialindex seien bereits erfolgt.

Er stellt eine Übersicht zur sozialen Lage und Sprach- und Sprechstörungen bei Schuleingangsuntersuchungen vor (Seite 7). Eine Konzentration der Sprach- und Sprechstörungen stelle sich in den sozial belasteten Sozialräumen am Schlaatz, in Drewitz und in Waldstadt II dar. Das soziale Umfeld sei demnach von Beginn an ein entscheidender Faktor.

Herr Wollenberg fragt nach einer genauen Definition der „sozialen Belastung“

Herr Wilsdorf erläutert, dass im nächsten Jahr eine Veröffentlichung hierzu erscheinen werde, in welcher die soziale Belastung genauer dargestellt werde.

Die Belastung setze sich im Laufe des Bildungsweges, auch im Ü7-Verfahren weiter fort. In den sozial hoch belasteten Sozialräumen sei die Übergangsquote auf ein Gymnasium deutlich geringer (Seite 8).

Auf Nachfrage von **Herrn Ziebarth**, ob sich die Darstellung nur auf das Anwahlverhalten an Gymnasien oder auch auf das an Schulen mit gymnasialer Oberstufe bezieht, erläutert **Herr Wilsdorf**, dass nur die Gymnasien betrachtet wurden.

Herr Wilsdorf erläutert, dass im Bereich der Erwachsenenbildung der Anteil der Teilnahmen an Weiterbildungsveranstaltungen in den sozialstarken Sozialräumen höher sei.

Herr Ziebarth fragt, auf welche Art der Weiterbildung sich diese Übersicht bezieht, da man zwischen beruflichen Weiterbildungen und privaten Fortbildungen unterscheiden müsse.

Herr Wilsdorf erklärt, dass in der Analyse alle Fortbildungsmaßnahmen betrachtet wurden.

Herr Schulz merkt an, dass es Berufszweige gebe, in welchen es keine oder keine weiteren Fortbildungsmöglichkeiten gebe. Er fragt, ob zwischen dienstlich erforderlichen Fortbildungen und Fortbildungen aus eigenem Interesse unterschieden wurde

Frau Laukart informiert, dass es sich um eine allgemeine Betrachtung handle.

Sie erläutert, dass unterschiedliche Teilnehmer in den verschiedenen Sozialräumen an der Befragung teilnahmen und sich so eine Durchmischung der Teilnehmer ergebe.

Die Auswertung habe aufgezeigt, dass in unbelasteteren Sozialräumen allgemein mehr Weiterbildung betrieben wird.

Herr Wilsdorf informiert, dass die Anfahrtswege in der Betrachtung eine Rolle

spielen. Im Zentrum der Stadt sei deshalb eine höhere Teilnahme zu erkennen. Er erläutert, dass weitere Faktoren mögliche Angebotslücken sind. Hier müsse herausgefunden werden, ob der Bedarf mit den vorhandenen Einrichtungen übereinstimmt. Es wird eine Übersicht der Bildungsangebote auf Einrichtungsebene am Beispiel des Kitaportals gezeigt. (Seite 10)
Er geht auf eine Übersicht zur Bestandsaufnahme der Familienangebote des Rheingau-Taunus-Kreises ein. Auch in diesem Beispiel werden Angebotslücken deutlich. (Seite 11)

Frau Dr. Laukart geht auf die von der Steuerungsgruppe formulierten Zielvorgaben und Handlungsfelder ein (Seite 12).

Die Qualität der frühen Bildung soll gestärkt werden. Eine Idee sei es hierfür, ausgewählte Kitas zu Familienzentren weiterzuentwickeln. Um den Schülerinnen und Schülern den bestmöglichen Abschluss zu ermöglichen soll das Ganztagsangebot verbessert werden. Dies müsse in Zusammenarbeit mit den Einrichtungen geschehen.

Auch das Beratungs- und Informationsangebot für Jugendliche zu beruflichen Perspektiven müsse ausgebaut werden.

Die Unterstützung für Menschen mit Migrationshintergrund sei ebenso ausbaufähig. Hier sei der Einsatz von Integrationslotsen und die Qualifizierung dieser eine Maßnahme.

Auf Nachfrage von **Frau Dannenberg**, welche Bedingungen ein Ganztagsangebot erfüllen müsse, erklärt **Frau Dr. Laukart**, dass Schülerinnen und Schüler u.a. dreimal wöchentlich verpflichtend an Ganztagsangeboten teilnehmen sollten, die Institutionen ein gemeinsames Bildungsverständnis hätten, die Schülerinnen und Schüler in die Ausgestaltung einbezogen seien etc. Dies hätte nachweislich eine positive Auswirkung auf die Schulnoten.

Frau Aibel informierte, dass sie in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses über die Planungen im Bereich Ganztags berichten werde.

Herr Schulz fragt, ob es eine Erhebung zur Sprachentwicklung in den ersten zwei Schuljahren gebe und ob die Schule selbst die zum Schuleintritt vorliegenden Sprachstörungen kompensieren könne.

Frau Dr. Laukart informiert, dass diesbezüglich keine Auswertungen vorliegen.

Frau Naundorf merkt an, dass Kinder die zu Schulbeginn mit schlechteren Voraussetzungen, wie Sprachproblemen aufgrund ihres Migrationshintergrunds, starten diese nur schwer im Laufe ihres Bildungsweges aufholen. Dies kann man mit Studien belegen.

Herr Schulz hält das Ergebnis nicht für aussagekräftig, wenn nicht auch der Entwicklungsprozess der Schüler während der Schulzeit dargestellt werde.

Frau Dr. Laukart verweist auf die PISA-Ergebnisse. 30 % der Kinder mit Migrationshintergrund hätten demnach große Leistungsschwächen. Daher sei eine Frühförderung zwingend notwendig.

Der „Normalwert“ befinde sich in einem Bereich zwischen 10 – 12 %. Der Migrationshintergrund sei hierbei sicherlich ein ausschlaggebender Faktor, jedoch spiele auch hier die soziale Verortung eine große Rolle.

Herr Viehrig bittet Herrn Schulz, weitere Detailfragen im Nachgang der Sitzung direkt an das Bildungsbüro zu richten.

Frau Dr. Laukart gibt einen Ausblick für das Jahr 2019.

Der Beirat für Schule – Jugendhilfe und Bildung wurde am 17. Oktober 2018 neu konstituiert und enthält nun alle Bereiche des lebenslangen Lernens.

Die Vereinbarung von Kooperationen sei in der Beratung am 20. März 2019 geplant.

Die erste Bildungskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam ist für das 3. Quartal 2019 geplant.

Sie verweist auf die Integrationskonferenz. Einige der genannten Themen wurden hier bereits behandelt.

Herr Wilsdorf informiert, dass ab dem zweiten Quartal 2019 die ersten Befunde aus dem Bildungsmonitoring veröffentlicht werden. Ab Januar 2019 wird ein elektronisches Berichtssystem eingeführt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese

Vorlage: 18/SVV/0348

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
SBV, JHA, WA KIS, HA

Der Tagesordnungspunkt wird durch den Antragsteller, Fraktion DIE aNDERE bis zur Ausschusssitzung am 15.01.2019 **zurückgestellt**.

zu 3.2 Kunstrasenplatz Nowawiese

Vorlage: 17/SVV/0286

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
WA KIS

Der Tagesordnungspunkt wird durch den Antragsteller, Fraktion DIE aNDERE bis zur Ausschusssitzung am 15.01.2019 **zurückgestellt**.

zu 3.3 Stärkung des Stadtsportbunds Potsdam

Vorlage: 18/SVV/0718

Einreicher: Fraktionen CDU/ANW, SPD
FA, B/Sp. (ff)

Herr Viehrig informiert, dass der Finanzausschuss den Antrag in seiner Sitzung am 28.11.2018 mehrheitlich angenommen habe.

Eine Stärkung des Stadtsportbunds, welcher als Ansprechpartner für die Sportvereine fungiert, sei wichtig. Ein Ausbau des Stadtsportbunds durch zusätzliche Stellen sei nötig, um allen Belangen der Potsdamer Sportlerinnen und Sportler sowie Vereinen gerecht zu werden, besonders, da der Stadtsportbund seit Jahren an der personellen Kapazitätsgrenze arbeitet.

Frau Naundorf bringt einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut ein:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ab wann und wie für den Stadtsportbund (SSB) **die Koordination der Schnittstelle Sportvereine/Menschen mit Behinderungen** eine zusätzliche Stelle im **Fachbereich 21 Bildung und Sport** geschaffen werden kann. Dem Ausschuss für Bildung und Sport sowie dem Finanzausschuss ist im März 2019 zu berichten.

Begründung:

~~Der SSB ist als Dienstleister für alle Belange der Potsdamer Sportlerinnen und Sportler sowie Vereine zuständig und hat trotz deutlichem Anstieg der Mitgliederzahlen dafür 1,5 Personalstellen zur Verfügung. Der SSB arbeitet damit seit Jahren an seiner Kapazitätsgrenze und ist aufgrund der begrenzten personellen Lage nur unzureichend in der Lage, die Vereine bei bürokratischen/administrativen Aufwänden zu unterstützen bzw. zu entlasten.~~

Mit dem Beschluss ein „Netzwerk Inklusiver Sport“ in der Landeshauptstadt Potsdam zu etablieren, kann damit ~~u.a.~~ die Koordination und Betreuung durch den **Fachbereich 21 Bildung und Sport SSB** übernommen werden. Den zuständigen Ausschüssen ist im März 2019 aufzuzeigen, ab wann und wie eine Stellenerweiterung ~~beim SSB umsetz-~~ bzw. darstellbar ist.

Frau Naundorf erläutert, dass die Koordinierungsstelle bei der Verwaltung angedockt werden müsse.

Sie sieht den zusätzlichen Bedarf an Stellen für den Stadtsportbund ebenso, jedoch sei dieser nicht für die inklusiven Bedarfe zuständig.

Herr Wollenberg spricht sich gegen den Änderungsantrag aus, da sich der Stadtsportbund als Dachorganisation der Sportvereine sehr gut als Koordinator/Betreuer eigne.

Herr Dr. Henrich weist darauf hin, dass der Antrag auf personelle Aufstockung des Stadtsportbundes bereits gestellt worden ist. Die Mitgliederzahlen steigen weiterhin stark und die Aufgabenabarbeitung gestalte sich immer schwieriger. Auch die ehrenamtlichen Mitarbeiter müssen immer mehr Aufgabengebiete übernehmen.

Herr Keller spricht sich dafür aus, dass der Stadtsportbund gemeinsam mit der Verwaltung agiert. Die Organisation innerhalb der Sportvereine müsse ebenso gestärkt werden.

Frau Aubel ergänzt, dass eine personelle Verstärkung des Stadtsportbundes auch aus ihrer Sicht notwendig sei, sowohl qualitativ als auch quantitativ gebe es neue Bedarfe und Herausforderung.

Auch im Hinblick auf die Ziele und Maßnahmen aus dem Teilhabeplan sind weitere Aufgaben für den Stadtsportbund und die Verwaltung zu erfüllen, beispielsweise das Erreichen der Frauenquote. Eine Darstellung der künftig zu bewältigenden Aufgaben im Fachbereich, Bereich Sport könne in einer der nächsten Sitzungen gegeben werden. Verwaltungsbedarfe und die Personalmehrbedarfe des Stadtsportbundes sollten nicht gegen einander ausgespielt, sondern in Einklang gebracht werden.

Herr Viehrig schlägt vor, den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht abzustimmen. Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Verfahrensweise zu.

Der ursprüngliche Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ab wann und wie für den Stadtsportbund (SSB) eine zusätzliche Stelle geschaffen werden kann. Dem

Ausschuss für Bildung und Sport sowie dem Finanzausschuss ist im März 2019 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.4 **Nutzungspotentiale der Bestandssportflächen im Stadtgebiet**

Vorlage: 18/SVV/0707

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
B/Sp. (ff), WA KIS, SBV, KOUL

Herr Böttcher bringt die Vorlage ein. Er geht auf den Antrag der Fraktion CDU/ANW zu Sportstättenpotenzialen in Potsdam ein, welcher in der letzten Ausschusssitzung besprochen wurde. Der vorliegende Antrag konkretisiert diese Prüfungen. Der Neubau zusätzlicher Sportflächen auf bislang nicht genutzten Randflächen der Sportplätze bzw. die flächenoptimierende Neuordnung von Sportanlagen und die Herstellung hinreichender bzw. zusätzlicher Beleuchtungsanlagen sowie die mögliche Umwandlung von Rasen- in Kunstrasenplätze sind nun als konkrete Maßnahmen im Antrag enthalten.

Herr Viehrig geht auf den benannten Antrag aus der letzten Sitzung ein. Die Streichung der Prüfpunkte wurde besprochen. Es wurde erläutert, dass dies sinnvoll sei, um eine allgemeine Übersicht zu möglichen Potentialen zu erhalten. Auch der Termin zur Vorstellung der Prüfergebnisse wurde aufgrund des Umfangs auf September 2019 gesetzt.

Herr Gessner informiert, dass man sich bezüglich des Bedarfes an Freisportflächen abgestimmt habe. Da es bei den zu betrachtenden Maßnahmen oft baurechtliche Schwierigkeiten gebe, sei aus Sicht des Bereiches Sport in Abstimmung mit dem KIS, die Einbindung von externen Sachverständigen notwendig. Einige Vorprüfungen haben bereits stattgefunden und es wurde deutlich, dass die „Wunschvorstellungen“ so nicht umsetzbar seien. Der frühestmögliche Zeitpunkt zur Vorstellung der Prüfergebnisse sei September 2019.

Herr Viehrig weist darauf hin, dass vielleicht auch kleine Aufwertungsmaßnahmen kurzfristig möglich seien. Diese könnten bei den Maßnahmen in der Sportentwicklungsplanung ergänzt werden.

Herr Adler fragt, ob die Investition in externe Sachverständige sich am Ende lohnen würde und ob dies im Ergebnis einen Mehrwert bringe.

Herr Richter erläutert, dass die Notwendigkeit sich danach richtet, wie tiefgehend die Prüfungen durchgeführt werden sollen und welche Flächen man betrachtet, ob es Eingrenzungen gebe oder ob eine Betrachtung für die ganze Stadt durchgeführt werden soll. Für die externe Unterstützung müsse ein Betrag zwischen 2.000 EUR und 3.000 EUR pro Fläche eingeplant werden.

Frau Naundorf merkt an, dass auch bei einer internen Prüfung durch den KIS Ergebnisse ersichtlich werden können. Der KIS kenne die Flächen und habe am ehesten den Überblick, auf welchen Flächen eine Optimierung möglich sei. Der finanzielle Aufwand sei für eine gesamtstädtische Betrachtung zu hoch.

Herr Gessner geht auf den Vorschlag der Umwandlung von Rasen- in

Kunstrasenplätze ein. Der Bedarf liege primär im Bereich der wettkampffähigen Großfeldsportflächen. Hier habe man den größten Mangel. Kleinspielfelder seien bereits ausreichend vorhanden. Der DFB und die Landesverbände benötigen Naturrasenplätze mit bestimmten Vorgaben. Entscheidend ist der Mix aus den verschiedenen Belagsarten. Er bittet, die Prüfungen auf Anlagen zu beziehen, die nicht als Schulsportflächen genutzt werden.

Herr Keller spricht sich dafür aus, den Antrag weiter zu konkretisieren und die Prüfung auf spezifische Flächen zu beziehen. Der Schwerpunkt liege im Bereich des Vereinssports. Er betont, dass es wichtig sei, nicht im Vorfeld schon Einschränkungen bei der Flächensuche für Neubauten vorzunehmen.

Herr Richter schlägt vor, sich gemeinsam mit dem Stadtsportbund, dem Bereich Sport und den Ausschussmitgliedern zusammenzusetzen und die Flächen durchzusprechen. Die Ergebnisse könne man protokollieren, um eine aktuelle Übersicht schaffen.

Herr Böttcher geht auf die Aussage von Herrn Keller ein und weist darauf hin, dass Intention des Antrages sei, die vorhandenen Flächen zu prüfen. Die nicht auf spezifische Flächen konkretisierte Formulierung des Antrages sei beabsichtigt, um eine Komplettübersicht der möglichen Flächen zu erhalten. Die Präzisierung sei in diesem Antrag, anders als in dem Antrag der Fraktion CDU/ANW zu Sportstättenpotenzialen in Potsdam, durch die benannten zu prüfenden Maßnahmen gegeben. Er stimmt einer Anpassung der Terminalschiene zu. Der Antragstext könne gerne weiter konkretisiert werden.

Herr Böttcher stellt den Antrag zur Konkretisierung bis zur nächsten Ausschusssitzung zurück. Da diese erst im Januar 2019 stattfindet, könne die Umformulierung des Antrages bereits dem Hauptausschuss am 12.12.2018 vorgelegt werden.

Herr Viehrig bittet, sich innerhalb der Fraktionen zu verständigen, damit im Hauptausschuss keine abschließende Abstimmung vorgenommen wird, bevor der Ausschuss Bildung und Sport den Antrag im Januar behandelt hat.

Dieser Verfahrensweise wird zugestimmt. Der Antrag wird bis zur Ausschusssitzung im Januar **zurückgestellt**.

zu 3.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2019 gem. 18/SVV/0855

Herr Richter stellt die Investitionsplanung für 2019 ff. anhand einer Präsentation vor (**Anlage 2**).

Er merkt an, dass die Beschlussvorlage von der Stadtverordnetenversammlung am 05.12.2018 nicht in die Ausschüsse Bildung und Sport und Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr überwiesen wurde, sondern zunächst nur in den Werksausschuss KIS.

Herr Richter informiert über die bisherigen Investitionen von 2005 – 2018. In den letzten Jahren lag der Schwerpunkt im Bereich der Schulen. Er geht auf die Entwicklung der Zuschüsse und Fördermittel der Landeshauptstadt an den KIS in den Jahren 2014 – 2019 ein. Eine positive Rückmeldung seitens der Kommunalaufsicht bezüglich des Verlaufes der künftigen investiven Zuschüsse sei gegeben worden.

Er geht auf die Kredite ein. Die Pro-Kopf-Verschuldung werde sich nach bisheriger Planung bis zum Jahr 2022 verdoppeln und man gehe auf den kritischen Wert von 3.000 EUR Verschuldung pro Kopf zu. Er weist darauf hin, dass für weitere Kreditaufnahmen eine Erhöhung der Eigenmittel des KIS erfolgen müsse.

Herr Keller weist darauf hin, dass die Zuschüsse aufgrund der Mittelfristplanung erfolgen. Auf Nachfrage von **Herrn Keller**, ob die in der Vergangenheit erwirtschafteten Überschüsse aus dem Haushalt Abhilfe schaffen können, erläutert **Herr Richter**, dass diese beim Thema Investitionen nicht helfend seien. Er geht auf die Wesentlichen neuen Projekte, die Entwicklung des Grundschulstandorts in der Gutenbergstraße 67 und die Turnhalle für die Grundschule in der Gutenbergstraße 67, die Preußenhalle als Interimslösung für die Grundschule Fahrland und die weitere Entwicklung des Verwaltungscampus ein.

Er erläutert, dass sich in Abstimmung mit dem Geschäftsbereich entschieden wurde, die Immobilie Gutenbergstraße als Schulstandort zu reaktivieren, da die erforderlichen Kosten genauso hoch wie die für einen Interimsstandort in Modulbauweise seien.

Der Grundschulstandort Gutenbergstraße befinde sich zurzeit im befristeten Erbbaurecht bis 2031. Der KIS lotet derzeit aus, ob der Eigentümer an einem Verkauf interessiert sei.

Bezüglich der Preußenhalle informiert er, dass bisher keine finanzielle Möglichkeit zur Sanierung gesehen wurde, da es sich um eine freiwillige Aufgabe gehandelt habe. Aufgrund des Bedarfs in Fahrland wird Interimsweise die Preußenhalle für den Schulsport nutzbar gemacht. Der geplante Turnhallenneubau in Fahrland sei bauplanungsrechtlich umsetzbar. Dieses Vorhaben sei bereits mit der Schulleiterin abgestimmt.

Herr Schulz fragt, ob die Preußenhalle, nachdem ein Neubau in Fahrland erfolgt ist, weitergenutzt wird. **Herr Richter** bejaht dies. Es seien Elektroinstallationen und Ähnliches nötig. Daher sei die Bestandssicherung nach der Interimslösung geplant.

Die Sanierung der Halle werde bei laufendem Betrieb durchgeführt. Die drei Hallenteile werden dabei geteilt und nacheinander saniert. Die beiden übrigen Hallenteile werden für den Schulsport und die sanitären Anlagen hergestellt. Auf Nachfrage von **Herr Sima**, ob die Preußenhalle für die Schülerinnen und Schüler der Grundschule Fahrland fußläufig erreichbar sind, erklärt **Herr Richter**, dass dies nicht der Fall sei. Die Schülerinnen und Schüler müssten transportiert werden.

Herr Richter geht auf die Entwicklung des Verwaltungscampus ein. Geplant ist die Fertigstellung des 1. Bauabschnitts des Campus. Danach erfolgt der Rückbau des Sozialamtes. Die Ein-Feld Turnhalle und die Garagen werden betrachtet. Insgesamt werde man durch die Arbeiten ca. 300 Büroarbeitsplätze, ohne zusätzliche Belastung für den Haushalt schaffen.

Er stellt die Investitionsplanung vor. 65,3 % fließen in die Schulen und Sportstätten. Für Sportstätten seien 61,2 Mio EUR vorgesehen. 10,7 % plane man für Kitas und Hort, 22,7 % für Verwaltungsgebäude, 1,3 % für Jugend, Feuerwehr, Kultur und soziale Einrichtungen, sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung des KIS ein. Die Zuschüsse der Landeshauptstadt Potsdam machen dabei ca. 30 % aus. 76 % der Gesamtinvestitionen fließen in die Bildungsinfrastruktur. Neue Maßnahmen sind beispielsweise der Grundstücksankauf und die Erweiterung der Modulanlage am Interimsstandort an

der Esplanade für die „Schule am Schloss“. Bezüglich der Grundschule in Fahrland ist noch nicht die komplette Planung enthalten. Der Anteil zur Herrichtung der Preußenhalle sei in den 3 Mio. EUR bereits enthalten. Auf Nachfrage von **Herr Schulz**, wann die Interimslösung Preußenhalle an den Start gehe, erklärt **Herr Richter**, dass im Optimalfall zum Sommer 2020/2021 das erste Hallenfeld fertiggestellt wäre.

Herr Richter erläutert, dass die Brandschutzsanierung für die Hanna von Pestalozza Schule sowie die Sanierung der Grundschule Gutenbergstraße 67 neu mitaufgenommen wurden.

Die Beschlussvorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnung wie folgt zu beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2019.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

zu 3.6 Mehr Bäume für Schulen und Kitas

gem. Vorlage: 18/SVV/0352

Herr Viehrig erinnert, dass der Ausschuss für Bildung und Sport die Vorlage bereits in seiner Sitzung am 19.06.2018 behandelt und mit „durch verwaltungshandeln erledigt“ votiert habe. Die Ausschüsse für Klima, Ordnung und Umweltschutz sowie Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr haben die Drucksache erneut behandelt und in geänderter Fassung beschlossen. Er stellt das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vor:

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu veranlassen **dafür Sorge zu tragen**, dass die bei öffentlichen Baumaßnahmen angeordneten Ersatzpflanzungen von Bäumen vorrangig auf dem Gelände von Kitas, Schulen oder Sportanlagen erfolgen, **sofern es auf den betroffenen Grundstücken nicht möglich ist**.

Hierfür sind in erster Linie phänologische Zeigerpflanzen zu verwenden.

~~Bei der Neu- oder Umgestaltung von Schulhöfen, Kitagärten oder Sportanlagen ist explizit dafür zu sorgen, dass Baumpflanzungen erfolgen bzw. vorhandene Bäume nach Möglichkeit erhalten bleiben.~~

~~**Zusätzlich ist das Baumkonto der Stadt heranzuziehen, um weitere unerfüllte Ausgleichsaufgaben aufzunehmen.**~~

Herr Richter erläutert, dass die phänologischen Zeigerpflanzen die Jahreszeiten aufgrund ihrer Reaktionen (Blühbeginn, Blattentfaltung u.ä.) anzeigen. Der phänologische Kalender unterscheidet hierbei zwischen 10 Jahreszeiten. Er weist darauf hin, dass es sich bei den Pflanzen zum Großteil um giftige

Pflanzen handelt, die zum Teil allergische Reaktionen hervorrufen (beispielsweise Schneeglöckchen). Er bittet, das bisherige Verfahren zur Ersatzpflanzung auf Kita- und Schulgrundstücken beizubehalten. Gegebenenfalls könnten die jeweils betroffenen Schulen in den Prozess eingebunden werden.

Frau Naundorf weist darauf hin, dass diese Einschränkung auf phänologische Pflanzen nicht zwingend notwendig sei. Wichtig sei, dass entsprechende Nachpflanzungen immer erfolgen. Für künftige Bepflanzungsmaßnahmen könne gegebenenfalls darauf geachtet werden, mehr Zeigerpflanzen zu verwenden.

Herr Wollenberg bittet darum, die Planung zur Ersatzbepflanzung gemeinsam mit den jeweiligen Einrichtungen zu besprechen. Er weist auch darauf hin, dass ein Gleich zu Gleich Ersatz wichtig sei (bei Baumfällungen sollten neue Bäume gepflanzt werden usw.).

Herr Sima bittet Ersatzpflanzungen auf Sportflächen zu vermeiden, wenn dadurch die Sportplätze beschädigt werden können. Beispielsweise durch Wurzelwachstum unter den Sportanlagen.

Herr Richter erläutert, dass Ersatzpflanzungen auf eigenen Grundstücken durchzuführen sind, vorzugsweise auf Kita- und Schulgrundstücken.

Er verweist auf aktuelle Projekte, wie die Umgestaltung des Schulhofes der Friedrich-Wilhelm von Steuben Gesamtschule oder der Grundschule im Bornstedter Feld. Hierbei sei die Bepflanzung ein Thema. Man handle dabei im Interesse der Nutzer. Die Schülerinnen und Schüler sollen sich auf ihrem Schulhof wohlfühlen.

Die geänderte Fassung des Antrages aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~zu veranlassen~~ **dafür Sorge zu tragen**, dass die bei öffentlichen Baumaßnahmen angeordneten Ersatzpflanzungen von Bäumen vorrangig auf dem Gelände von Kitas, Schulen oder Sportanlagen erfolgen, **sofern es auf den betroffenen Grundstücken nicht möglich ist**.

~~Hierfür sind in erster Linie phänologische Zeigerpflanzen zu verwenden.~~

~~Bei der Neu- oder Umgestaltung von Schulhöfen, Kitagärten oder Sportanlagen ist explizit dafür zu sorgen, dass Baumpflanzungen erfolgen bzw. vorhandene Bäume nach Möglichkeit erhalten bleiben.~~

~~**Zusätzlich ist das Baumkonto der Stadt heranzuziehen, um weitere unerfüllte Ausgleichsaufgaben aufzunehmen.**~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	3
Stimmhaltung:	1

Der Antrag wird vom Ausschuss für Bildung und Sport **abgelehnt**.

zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 4.1 **Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung Sachstand Baumaßnahmen**

Herr Richter informiert, dass es im Januar 2019 eine KIS-interne Abstimmungsrunde geben werde.

Themen seien unter anderem der Standort Grundschule Bornim, der Standort Galileistraße und die Rote Kaserne Ost. Im neuen Jahr könne dann eine valide Information aus dieser Runde im Ausschuss gegeben werden.

Er bittet der Niederschrift die aktuelle Präsentation der Baumaßnahmen beizufügen (**Anlage 3**).

zu 5 **Sonstiges**

zu 5.1 **Bericht aus der Schulleiterberatung am 22.11.2018**

Frau Aubel berichtet von der Schulleiterberatung der weiterführenden Schulen am 22.11.2018. Unter anderem habe es eine Vorstellung der Angebote des Landgerichts Potsdam gegeben. Das Projekt „PotsPRESSO“ wurde durch die Bürgerstiftung vorgestellt. Durch den Fachbereich Steuerung und Innovation erfolgte eine Vorstellung der Vorhaben und aktuellen Probleme bezüglich der Digitalisierung der Schulen.

Seitens des KIS wurde zum Thema Reinigung informiert. Zum Thema PlusProjekte berichtet **Frau Aubel**, dass die vorhandenen Mittel nicht auskömmlich seien um die Bedarfe der Schulen zu decken.

Ein weiteres Thema sei die Schulentwicklungsplanung gewesen. Die Zusammenarbeit zwischen Grund- und weiterführenden Schulen soll intensiviert werden, Auch die Stellenbedarfe für die Schulsekretariate sind thematisiert worden. In Vorbereitung auf das Schuljahr 2019/2020 und in Verbindung mit der Haushaltsplanung für 2020/2021 seien Stellenbemessungen vorgesehen. Die Schulleiterinnen und Schulleiter hatten im Vorfeld die Gelegenheit, Themen anzumelden, welche in der Sitzung besprochen wurden. Die Durchführung solcher Schulleiterberatungen sei künftig zwei Mal jährlich geplant.

zu 5.2 **Information Bombenentschärfungen**

Frau Aubel informiert, dass im Rahmen der Schulleiterberatung die Schulleiterin Frau Dr. Gnadt, die Thematik Bombenentschärfungen aufgegriffen habe. Diese berichtete, dass sich die Schulen untereinander unterstützen und bisher eigenständig Lösungen für die Zeit der Bombenentschärfungen gefunden hätten. Auch andere Schulleitungen haben nichts Gegenteiliges berichtet. Aus Sicht der Verwaltung ergebe sich somit kein weitergehender Handlungsbedarf.

Herr Sima fragt, ob es einen allgemeinen Havarieplan für solche und andere außerplanmäßigen Situationen gebe, zum Beispiel für den Fall, dass die Schule bei längerem Schulausfall keine eigene Lösung finde.

Herr Viehrig weist darauf hin, dass jede Schule Notfallpläne besitzt. Da die

Schullandschaft sehr dynamisch gestaltet sei, ist ein allgemeines Konzept für alle Schulen schwierig umzusetzen.

Frau Aubel ergänzt, dass man nicht für jede Schule und jede mögliche Situation im Vorfeld eine Planung vornehmen könne. Für solche Extremfälle müsse situativ eine passende Lösung gefunden werden.

Wenn die Schulleitungen die Rückmeldung geben, dass man für die benannte Situation eine Lösung habe, sei eine oktroyierte Lösung hinderlich.

Herr Wollenberg betont, dass es wichtig sei, im Falle einer verhäuftten Problemsituation, wie die regelmäßigen Bombenentschärfungen, ein Konzept als Hilfsmittel zur Lösungsfindung zu erstellen.

Herr Ziebarth hält die üblicherweise für Notfallsituationen erstellten Pläne der Schulen für ausreichend.

Herr Keller merkt an, dass bisher keine Schulen über einen längeren Zeitraum von mehreren Wochen gesperrt gewesen sei. Für Einzelfälle seien bisher kurzfristige Lösungen gefunden worden.

Herr Wollenberg weist darauf hin, dass ein konkretes Problem vorliege. Man wisse, dass weitere Bombenentschärfungen geplant seien.

Frau Aubel schlägt vor, noch einmal mit der Schulleiterin zu sprechen und diese über die Häufigkeit der anstehenden Bombenentschärfungen zu informieren. Sollte diese dann die Unterstützung seitens der Verwaltung wünschen, könne man sich gern noch einmal über die genannte Idee eines Konzeptes verständigen.

Herr Sima erläutert, dass es wichtig sei, für Havariefälle eine Planung zu haben und festzulegen, wie untereinander kooperiert werden kann. Beispielhaft nennt er die Heizungsausfälle im vergangenen Winter aufgrund der starken Minusgrade.

Herr Viehrig weist darauf hin, dass eine Planung aufgrund des Wachstumes der Schulen ständig erneuert werden müsse.

Herr Richter ergänzt, dass nicht für jeden Schulausfall eine Detailplanung erstellt werden könne. Der Aufwand sei, aufgrund des regelmäßigen Anpassungsbedarfes zu hoch. In den vergangenen Jahren habe es wenige solcher Ausnahmesituationen gegeben. Bisher agiere die Verwaltung flexibel genug, um situativ eine schnelle Lösung zu finden.

zu 5.3 **Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung am 06.12.2018**

Frau Aubel informiert, dass Thema der letzten Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung unter anderem die Schulform der Schule in Krampnitz (Gesamtschule, Gymnasium oder Model Hybrid – ähnlich der Voltaire Gesamtschule) gewesen sei. Eine Online-Elternbefragung der Grundschulleitern im Potsdamer Norden zur favorisierten Schulform sei geplant. Der Entwurf des Fragebogens werde in der nächsten AG Sitzung präsentiert. Aus der AG heraus soll dann ein Entscheidungsvorschlag gegeben werden.

Herr Okoko fragt, ob auch das Inklusive Lernen thematisiert worden ist.

Frau Aubel erläutert, dass die inhaltliche Ausgestaltung erfolgt, sobald eine Lehrkraft mit der Gründung der Schule beauftragt sei. Auch die inklusive Ausrichtung der Schule werde dann Thema sein.

Herr Okoko bittet, den Beirat für Menschen mit Behinderung in die Arbeitsgruppensitzungen mit einzuladen.

Frau Aubel sagt zu, dem Beirat künftig die Einladungen zur Sitzung zukommen zu lassen. Sie weist darauf hin, dass es sich bei den Sitzungen der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung um nichtöffentliche Sitzungen handelt.

zu 5.4 nächste Ausschusssitzungen

Herr Viehrig informiert, dass die Sitzung im Januar im Stadthaus, im Raum 1.077 stattfinden wird. Ihm selbst sei eine Teilnahme zur Januarsitzung nicht möglich. Daher wird Herr Keller die Sitzungsleitung übernehmen.

Die Februarsitzung werde gegebenenfalls im Planetarium in der Urania stattfinden.

zu 5.5 Information zu IT-Technik an Schulen

Herr Wollenberg berichtet, dass Meldungen seitens der Schulen bezüglich verspäteter Anschlüsse der IT-Technik gegeben wurden. Wartezeiten von bis zu einem halben Jahr dürfen nicht sein.

Frau Aubel informiert, dass man generell lange auf die beschaffte IT-Technik warten müsse. Auch die vorhandenen Personalressourcen seien weiterhin nicht ausreichend. Im Bereich IT sei geplant, künftig vermehrt Dienstleistungen extern zu vergeben. Sie sagt zu, die Thematik in den zuständigen Fachbereich einzuspeisen.

Herr Viehrig bittet die Verwaltung, die Botschaft an den zuständigen IT-Bereich weiterzuleiten, dass schnellstmöglich die benötigten Anschlüsse installiert werden.